

| Beratung                                   | Datum      | Behandlung | Ziel    |
|--------------------------------------------|------------|------------|---------|
| Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit | 07.07.2021 | öffentlich | Bericht |
| Sozialausschuss                            | 08.07.2021 | öffentlich | Bericht |

**Betreff:**

**Allparteiliches Konfliktmanagement im öffentlichen Raum und im sozialen Nahraum**  
**Antrag der Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2020**  
**Antrag der Stadtratsfraktion der CSU vom 20.07.2020**  
**Antrag der Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.08.2020**

**Anlagen:**

Sachbericht AKIM vom 18.06.2021  
Antrag der Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2020  
Antrag der Stadtratsfraktion der CSU vom 20.07.2020  
Antrag der Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.08.2020

**Bericht:**

Es wird zu den Anträgen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2020 bzw. 26.08.2020 sowie der Stadtratsfraktion der CSU vom 20.07.2020 gemeinsam Stellung genommen. Dabei werden die Entwicklung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum am Beispiel St. Leonhard dargestellt und Lösungsvorschläge für aktuelle und künftige Nutzungskonflikte unter Berücksichtigung des Allparteilichen Konfliktmanagements, wie es in München zum Einsatz kommt, aufgezeigt. Der Bericht zur Beantwortung der Anträge wird in einer gemeinsamen Vorlage vom Direktorium Bürgerservice, Digitales und Recht sowie dem Referat für Jugend, Familie und Soziales im Rechts- und Wirtschaftsausschuss und im Sozialausschuss vorgelegt.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- ☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Durch die Implementierung eines Konfliktmanagements können sowohl Personal- als auch Sachkosten entstehen.

(→ weiter bei 2.)

- ☐ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**☒ Nein (→ weiter bei 3.)☐ Ja☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**☒ Nein☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Mit dem vorgeschlagenen Aufbau einer zentralen Anlaufstelle werden keine Personengruppen im Stadtgebiet bevorzugt; vielmehr steht diese allen Bevölkerungsgruppen offen.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

